

„Hoffnung auf Frieden im Mittleren Osten: Risiken und Chancen“

Götz Neuneck, im Auftrag des Vorstandes des Willy Brandt-Kreises, 24. Juni 2026

Durch die Unterzeichnung des in Islamabad ausgehandelten „Memorandum of Understanding“ (MOU) durch die USA und die Islamische Republik Iran vom 17. Juni 2026, ist der Krieg zwischen den USA/Israel und dem Iran vorerst beendet worden. Der am 28. Februar 2026 von den USA und Israel begonnene Angriff hat tausende Menschen getötet, großen Schaden in den Golfstaaten und Israel angerichtet, die globale Wirtschaft in Mitleidenschaft gezogen und das nukleare Proliferationsrisiko des iranischen Nuklearprogramms nicht entscheidend unterbinden können.

Die öffentliche Unterstützung des Krieges in den USA war bereits zu Beginn begrenzt und nahm mit zunehmender Kriegsdauer weiter ab. Während die Zustimmung in frühen Umfragen meist zwischen etwa 30 und 40 Prozent lag, überwog im weiteren Verlauf die Ablehnung deutlich. Gegen Kriegsende unterstützten nur etwa ein Viertel der Amerikaner den Krieg angesichts der entstandenen Kosten. Von zahlreichen Staaten und Völkerrechtlern wurde der Krieg mit Recht als völkerrechtswidrig kritisiert. Die Kriegsziele von Präsident Trump, darunter wohl auch der Sturz des iranischen Regimes, wurden nicht erreicht und führten zu einer längeren militärischen Eskalation, verbunden mit enormen direkten Kriegskosten, die zunächst der amerikanische Steuerzahler zu tragen hat. Große Munitionsbestände und High-Tech-Waffen wurden eingesetzt, die an anderer Stelle fehlen, so beim Schutz von Alliierten. Dies hat auch zu erheblichen Verstimmungen bei den Partnern der USA geführt. Darüber hinaus ist die Region stärker polarisiert denn je. Auch die israelisch-amerikanischen Beziehungen sind belastet. Es wurde klar, dass das zivil wie militärisch auslegbare Nuklearprogramm Teherans nicht durch militärischen Einsatz, sondern nur durch Diplomatie und den Einsatz der IAEA eingehegt werden kann. Menschen in aller Welt sind durch die ökonomische Entwicklung unmittelbar betroffen und hoffen auf eine dauerhafte Friedenslösung.

Die Straße von Hormuz ist nun zunächst wieder geöffnet und eine Beendigung aller Sanktionen wird durch die USA in Aussicht gestellt. Weitere Verhandlungen zur endgültigen Beendigung des Konfliktes haben begonnen. Zu einzelnen komplexen Themen wurden Arbeitsgruppen gebildet. Jetzt steht eine begrenzte Zeit zur Verfügung, um in 60 Tagen ein „finales Friedensabkommen“ für den Konflikt zwischen den USA und dem Iran auszuhandeln. Dieses Vorgehen birgt erhebliche Risiken, aber auch Chancen für eine längerfristige Verbesserung der Beziehungen in der Region. Wie

stabil ein neues Abkommen sein wird, wird sich in den nächsten Monaten zeigen. Israels Premierminister Netanjahu hat bereits erklärt, dass sich Israel nicht an das MOU gebunden fühlt. Die Straße von Hormuz kann zu jeder Zeit wieder geschlossen werden und die Kampfhandlungen können wieder aufgenommen werden.

Ziel muss es trotzdem sein, ein tragfähiges, effektives und dauerhaftes Friedensabkommen zwischen den USA und Iran auszuhandeln. Die Akteure im Mittleren Osten, die USA und Europa sollten diesen Prozess politisch und finanziell unterstützen, wenngleich es nach den verurteilenswürdigen Massakern vom Januar 2026 im Iran berechnete Zweifel an der Legitimität des iranischen Regimes gibt.

Iran hat ein weiteres Mal in dem Interimsabkommen erklärt, dass es „niemals anstrebt, Nuklearwaffen zu bauen oder zu erwerben“. Als Mitglied des NVV hat sich Iran seit langem rechtlich verpflichtet, keine Nuklearwaffen zu entwickeln oder herzustellen. Diese wiederholten Verpflichtungen bilden aber keine robuste Barriere gegen ein erneutes militärisches Nuklearprogramm des Iran. Das unter Obama von den P5 und Deutschland im Jahr 2015 ausgehandelte JCPOA-Abkommen wurde 2018 von Trump gekündigt. Nun kehrt man nach zwei Jahren Krieg wieder zu Verhandlungen zurück, um wiederum eine diplomatische Lösung in den nächsten Monaten zu finden. Natürlich sind die heutigen Voraussetzungen anders, aber das JCPOA bietet Verfahren und Mittel, um sicherzustellen, dass der Iran auch in Zukunft keine Nuklearwaffen herstellen kann.

Die USA haben sich im Artikel 6/7 des MOU bereit erklärt, in dem künftigen Abkommen 300 Milliarden USD für den Wiederaufbau und die ökonomische Entwicklung des Iran freizugeben und alle primären und sekundären US-Sanktionen zu beenden. Ungeklärt und innenpolitisch umstritten ist, wer welches Geld wofür ausgeben kann: Unklar ist z.B., ob es sich um eingefrorenes Vermögen, neues Geld oder Investitionsausgaben für den Neuaufbau handelt. Gelingt eine Aufhebung der Sanktionen, kann dies zu einer wirtschaftlichen Erholung des Iran führen. Kritiker sehen hierin aber auch einen Beitrag zur Stabilisierung des Teheraner Regimes. Eine Einbeziehung der UN bei der Koordinierung wäre ein bedeutender Schritt vorwärts.

Iran hat sich im Artikel 8 verpflichtet, das verbliebene angereicherte Uran unter Aufsicht der IAEA vor Ort „abreichern“ zu lassen, d.h. weniger waffenfähig zu machen. Dies verlängert die Zeit zum Bau einer Atombombe signifikant. Verhandelt werden muss neben den technischen Einzelheiten,

wie der Lagerung und Kontrolle des spaltbaren Materials zusammen mit der IAEA, auch die Zukunft der iranischen Anreicherungs-kapazitäten, die weitere Funktion der teilweise zerstörten Nuklearanlagen und damit verbundenen Aktivitäten, die dem Iran „für die friedliche Nutzung“ zustehen. Hier geht es um die Zukunft des iranischen Brennstoffzyklus. Ziel muss es sein, die Kontrollen durch die IAEA und andere Staaten effektiv und robust zu machen, damit Iran nicht wieder in kurzer Zeit genügend spaltbares waffenfähiges Nuklearmaterial anreichern kann. So haben Wissenschaftler vorgeschlagen, ein Konsortium von Staaten aus der Region zur Brennstoffanreicherung zu errichten, sodass sich diese auch gegenseitig kontrollieren können. Iran sollte der Rückkehr der IAEA-Inspektoren zu allen vor dem Krieg überwachten Nuklearanlagen zustimmen. Offen bleibt die Zukunft des ballistischen Raketen- und Drohnenprogramms, das weiterhin für eine Bedrohung in der Region sorgen kann. Insbesondere muss die Aufmerksamkeit auf die humanitäre Situation, auf die Situation der Flüchtlinge, den Wiederaufbau der zivilen Infrastruktur, die stabile Gesundheitsversorgung und vor allem auf die Einhaltung von Menschenrechten gerichtet werden. Deutschland und Europa können beim wirtschaftlichen Wiederaufbau der betroffenen Länder eine wichtige Rolle spielen. Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Minenräumoperation kann nur erfolgreich sein, wenn die aktiven Kriegshandlungen, abgesichert durch eine UN-Resolution, verlässlich beendet sind und ein Wiederaufflammen des Konfliktes ausgeschlossen ist, andernfalls könnte Deutschland sehr schnell in den Konflikt hineingezogen werden. Auch ist es sinnvoll, von Anfang an andere UN-Sicherheitsmitglieder in diesen Verhandlungs –und Stabilisierungsprozess im Hinblick auf einen robusten Frieden mit einzubeziehen.

Anzustreben wäre,

- eine neue UN-Resolution zu erarbeiten, die auf Dauer eine politische und militärische Stabilität und funktionierende Friedensmechanismen wie Inspektionsregime, Krisenkommunikation, Schiedsverfahren und regionale Sicherheitsforen in der Golfregion verankert,
- die Zukunft des iranischen Nuklearprogramms verifizierbar zu klären und
- die Bedrohung durch Raketen und Drohnen mit langer Reichweite signifikant zu verringern.

Ziel muss es auch sein, eine wirtschaftliche und humanitäre Erholung im Mittleren Osten in Gang zu setzen und längerfristig Gespräche über eine funktionsfähige Sicherheitsarchitektur in der Region zu etablieren. Die Bundesregierung und Europa könnten sich daran mit eigenen Vorschlägen konstruktiv beteiligen.